

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 167 (2001)

Heft: 12

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DEUTSCHLAND

Soll die Bundeswehr im Inneren zur Terrorbekämpfung eingesetzt werden?

Der frühere Verteidigungsminister und Rechtsexperte Prof. Dr. Scholz hat vorgeschlagen, die Möglichkeit zu schaffen, die Bundeswehr über die jetzige Zulässigkeit des Art. 87a hinaus in bestimmten Fällen zur Terrorbekämpfung im Inneren einsetzen zu können. Zur Begründung führte er unter anderem an:

- Terroraktionen der letzten Jahre hätten erwiesen, dass innere und äussere Sicherheit nicht mehr klar zu trennen seien,
- die Bundeswehr verfüge über Kapazitäten und Mittel, die die Polizei und der Bundesgrenzschutz nicht hätten und
- die Kräfte von Polizei und Bundesgrenzschutz seien bei Terroraktionen in bestimmter Grössenordnung nicht ausreichend.

Hierüber hat sich in der Öffentlichkeit, besonders in den Parteien, eine breite und heftig geführte Diskussion entwickelt. Die Befürworter weisen vor allem auf die Kapazitäten und Mittel der Bundeswehr hin, die die Polizei

und der Bundesgrenzschutz nicht hätten, um in ganz bestimmten Szenarien helfen zu können. Beispielsweise beim Einsatz von gekaperten Flugzeugen gegen Gebäude oder gar Kernkraftwerke und von biologischen «Mitteln» sowie von chemischen Kampfstoffen. In der Union wird die Forderung am heftigsten von der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel und dem CSU-Vorsitzenden Edmund Stoiber erhoben und begründet, während der frühere Verteidigungsminister und jetzige Stellv. CDU-Vorsitzende sowie aussen- und sicherheitspolitische Sprecher Volker Rühle die Forderung mit der Begründung, die Bundeswehr wäre hierzu weder ausgerüstet noch ausgebildet, ablehnt. Die Ablehnung durch PDS und Grüne ist aus ihrer Tradition heraus ideologisch bedingt. In der SPD gehört Innenminister Schily zu denen, die dem Vorschlag nicht ganz abgeneigt sind. Der Bundesinnenminister und die Innenminister der Länder haben einen Arbeitskreis gebildet, um zu klären, welche Aufgaben die Bundeswehr im Inneren übernehmen könne. Inzwischen hat Schily dem Schutz von Kasernen und anderen militärischen Einrichtungen der US-Armee durch die Bundeswehr zugestimmt und betont, diese Massnahmen seien durch die bestehenden Gesetze gedeckt. Eine Änderung des Grundgesetzes hält er nicht für erforderlich. Auf einer sicherheitspolitischen Tagung wies dagegen Verteidigungsminister Scharping darauf hin, dass die meisten Regelungen für die Bundeswehr noch aus den 60er-Jahren stammen würden. Die heutigen Gefahren kämen aber von innen und aussen, deshalb sei ein Umdenken erforderlich. Frau Merkel hält trotz des Widerstandes aus der eigenen Partei an ihrer Forderung nach einer Grundgesetzänderung fest. Sie kündigte eine Arbeitsgruppe an, die unter ihrer Führung diese Frage untersuchen soll. Vermutlich wird die Diskussion hierüber intensiv weitergehen. Tp.

Bundeswehr verbessert die Kommunikations-Infrastruktur für Auslandseinsätze

Für Einsätze der Bundeswehr im Rahmen des internationalen Krisenmanagements sind weit reichende und leistungsfähige Kom-

munikationsmittel wie ein eigenes Satellitenkommunikations-System unerlässlich geworden.

Seit 1999 entwickelte die Firma ND SatCom ein Satellitenkommunikationsnetz für die Führung der Krisenreaktionskräfte. Der im Mai/Juni 2001 durchge-

führte Truppenversuch stellte die Leistungsfähigkeit des Systems unter Beweis. ND SatCom erhielt nun den Auftrag für die Serienfertigung des noch bis Ende 2002 laufenden Bundeswehrprogramms SATCOMBw Stufe 1, der so genannten mittelfristigen Lösung.

Das System «SATCOM Bundeswehr Stufe 1» umfasst die Lieferung von über 30 transportablen und ortsfesten Satellitenbodenstationen, ein leistungsfähiges Netzmanagementsystem zur Planung, Steuerung und Überwachung des Gesamtsystems sowie Ausbildungsausrüstungen zur Durchführung der erforderlichen Lehrgänge für die Systembedienung. Der Bedarf an Satellitenübertragungskapazität wird über langfristige Verträge mit zivilen und militärischen Satellitenbetreibern abgedeckt. hg

Minenschutz-Nachrüstung für Kampfgeschützenpanzer «Marder 1A3»

In der deutschen Bundeswehr soll in erster Dringlichkeit eine Anzahl Schützenpanzer «Marder 1A3» mit einem Zusatzschutz gegen Panzerminen nachgerüstet werden (siehe auch ASMZ Nr. 10/2001, Seite 44). Im Zusammenhang mit der Diskussion über den Einsatz deutscher Soldaten in Mazedonien (Operation «Essential Harvest» und Folgemission «Amber Force») wurde die Realisierung dieser Massnahme als dringend erklärt. In einem ersten Schritt sollen 63 «Marder 1A3» modifiziert werden, wobei die Kosten pro Fahrzeug unterdessen bereits mit 2,2 Mio. DM berech-

Bundeswehr führt Nato-Einsatz «Amber Fox» in Mazedonien

Der Nordatlantikrat hat Ende September 2001 grünes Licht für «Amber Fox», die Nachfolgemission von «Essential Harvest» gegeben. Als Lead-Nation dieses Einsatzes hat sich Deutschland zur Verfügung gestellt. «Amber Fox» wird vom deutschen Brigadegeneral Keerl, bisher stellvertretender Kommandeur der 13. Panzergrenadierdivision in Leipzig, geführt. Insgesamt sind ihm rund 1100 Soldaten unterstellt. Nebst rund 600 Bundeswehrsoldaten sind auch Militärs aus Italien, Frankreich, Griechenland, der Türkei sowie weiteren Nationen beteiligt.



Deutsche Übermittlungseinheit bei SFOR; Satellitenkommunikationssysteme sind ein unerlässliches Mittel für Auslandseinsätze.

net werden. Ursprünglich war von einem Kostenaufwand von nur 1,8 Mio. DM pro Fahrzeug ausgegangen worden. Die Gesamtkosten für die 63 nachzurüstenden Schützenpanzer werden derzeit mit 140 Mio. DM angenommen, wobei möglicherweise noch gewisse Zusatzkosten dazukommen. Noch soll nicht definitiv geklärt sein, wie weit die durch Gewichtszunahme notwendigen Anpassungen beim Fahrwerk zu weiteren Kosten führen werden. Der Vertrag zwischen dem BwB und der für das Nachrüstprogramm zuständigen Firma Rheinmetall DeTec AG soll noch in diesem Jahr definitiv bereinigt und unterzeichnet werden. Das als dringend erklärte Programm soll dann ab 2002 bis spätestens 2005 umgesetzt werden. hg

Russland und auch andere osteuropäische Länder hatten sich für eine Beteiligung interessiert.

Die Operation «Amber Fox» ist vorerst auf drei Monate, das heisst bis Ende 2001 beschränkt. Sie hat zum Ziel, den Schutz der rund 200 EU- und OSZE-Beobachter in Mazedonien sicherzustellen. Gleichzeitig soll mit diesen Truppen die Sicherheitslage des Landes stabilisiert und vor allem die Versorgungssache der NATO zu Gunsten der Truppen in Kosovo (KFOR) gewährleistet werden. Falls notwendig kann auf Gesuch der mazedonischen Regierung hin dieser Truppeneinsatz verlängert werden. hg

ÖSTERREICH

Der österreichische Verteidigungsminister kann sich eine EU-Unterstützung beim US-Raketenabwehrsystem vorstellen

Die Notwendigkeit einer angemessenen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ist für den österreichischen Verteidigungsminister Scheibner unbestritten. Allerdings ortet der Minister Lücken in der öffentlichen Diskussion in Bezug auf europäische Sicherheitspolitik. Die europäische Identität habe bisher in Österreich noch nicht die breite Bevölkerungsschicht erfasst. Der Bereich «Sicherheit» könnte identitätsstiftend wirken, daher sollte hier verstärkt Öffentlichkeitsarbeit gemacht werden. Ziel müsse nicht nur eine wirtschaftliche Einigung in Europa sein, sondern auch eine auf sicherheitspolitischem Gebiet.

Im Gegensatz zu anderen Verteidigungsministern aus EU-Staa-

ten kann sich Scheibner durchaus eine Unterstützung der EU für das Raketenabwehrsystem der USA (Missile Defence) vorstellen. «Wenn diese Entwicklungen dazu da sind, um diesen neuen Bedrohungen begegnen zu können, sollten auch die Europäer diese US-Initiative unterstützen.»

Österreich ist entschlossen, ab 2003 aktiv beim internationalen Krisenmanagement, das heisst bei der 60 000 Mann starken Europäischen Eingreiftruppe mitzumachen. Das österreichische Bundesheer will in diesem Rahmen seinen solidarischen Beitrag unter anderem mit einem gepanzerten Jägerbataillon vor allem für friedensschaffende und einem leichten Jägerbataillon für friedenserhaltende Missionen zur Verfügung stellen. Dafür muss aber die gesamte politische Führung die dafür notwendigen finanziellen, materiellen, personellen und logistischen Voraussetzungen schaffen. hg

BELGIEN

Abzug der belgischen Streitkräfte aus Deutschland

Die belgische Regierung hat definitiv beschlossen, die 17. Mechanisierte Brigade, die bisher in der Umgebung von Köln stationiert war, aufzulösen. Damit werden die letzten belgischen Truppen aus Deutschland abgezogen.

Der Beschluss ist Teil der Planung zur Modernisierung der belgischen Streitkräfte. Teile der 17. Brigade werden in eine neue Struktur integriert, die leichter in internationale Streitkräftestrukturen eingefügt werden kann. Die Rückverlegung nach Belgien betrifft 7000 Personen, davon mehr als die Hälfte Zivilisten und Familienangehörige.

In einem ersten Reduzierungs-

schritt sollen bekanntlich die belgischen Streitkräfte unter Aussetzung der Wehrpflicht von 92 000 auf 42 000 Soldaten verringert werden. Für den Verteidigungsfall wird eine Aufwuchsfähigkeit auf zirka 92 000 Soldaten angestrebt. Weitere Umstrukturierungen sehen vor, die Zahl der längerdienenden Mannschaften auf Kosten der Bestandeszahlen bei den Unteroffizieren zu erhöhen. Probleme entstehen zurzeit aus dem knapp gehaltenen Verteidigungshaushalt, der Überalterung des Personals und der Abwanderung qualifizierter Kräfte in die zivile Wirtschaft. Wie in den anderen Berufsarmeen bestehen auch in Belgien Probleme bei der Rekrutierung junger Soldaten vor allem für qualifizierte Funktionen. hg

TSCHECHIEN

Regierung entscheidet sich definitiv für eine Berufsarmee

Anlässlich seines Besuches in Tschechien hat der NATO-Generalsekretär G. Robertson im Februar 2001 eine Beschleunigung des Transformations- und Modernisierungsprozesses bei den tschechischen Streitkräften verlangt

(siehe ASMZ Nr. 6/2001, Seite 60). In den folgenden Monaten hat die politische Führung Tschechiens auf diese Kritik reagiert und die notwendigen Massnahmen eingeleitet. Sie setzte noch im Mai 2001 eine Kommission für die Transformation der Streitkräfte ein und beschloss Ende August 2001 unter Anwesenheit von



Tschechien entscheidet sich für eine Freiwilligenarmee.

(Bild: Modernisierter tschechischer Panzer T-72M CZ).

Staatspräsident V. Havel das Reformpaket. Kern dieser Vorlage ist die Bildung einer Freiwilligenarmee mit einem Gesamtbestand von 45 000 Personen; 35 000 bewaffnete Kräfte und 10 000 Zivilbediensteten.

Der Aufbau dieser «Berufstreitkräfte» soll in drei Etappen erfolgen. Die so genannte Professionalisierung soll bis Ende 2006 umgesetzt werden und ab Januar 2007 in Kraft treten. Die eigentliche Modernisierung und operative Ein-

setzungsfähigkeit der gesamten Streitkräfte soll dann im Jahre 2010 erreicht sein. Bis dann soll auch eine NATO-Kompatibilität gewährleistet werden.

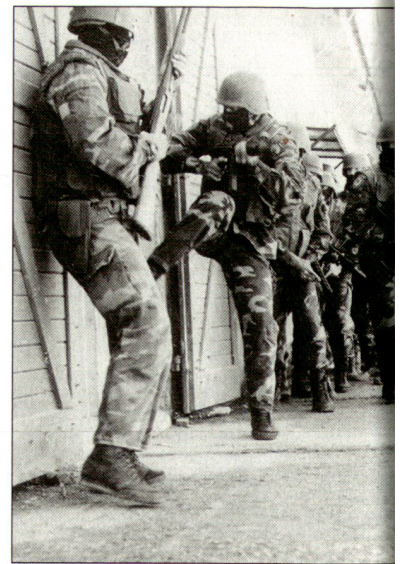
Im Zusammenhang mit der Reform der Streitkräfte soll auch die Auflösung der operativen Ebene (Korpsstufe) geplant sein. Die Kommandostellen der Teilstreitkräfte sollen künftig jeweils durch ein Divisionskommando ersetzt werden. hg

ITALIEN

Neue Carabinieri-Brigade für Out-of-Area-Einsätze

Im Herbst 2001 wurde im italienischen Verteidigungsministerium offiziell festgelegt, dass in Zukunft die 2. mobile Carabinieri-Brigade primär für Auslandseinsätze vorgesehen sein soll. Die Hauptaufgaben dieser Brigade konzentrieren sich künftig auf die Vorbereitung und Koordination im Hinblick auf Out-of-Area-Einsätze sowie auf Kontroll- und Ausbildungsaktivitäten. Die ersten Angehörigen italienischer Carabinieri-Einheiten wurden bereits im August 1998 nach Sarajevo entsandt, wo sie gewisse Spezialaufgaben übernommen hatten.

Die neu strukturierte 2. Brigade verfügt über die mobilen Carabinieri-Regimenter 7 und 13 mit Standort in Bolzano und Gorizia. Dazu gehören auch die «Gruppo d'Intervento Speciale» (GIS), die eigentliche Anti-Terror-Einheit der Carabinieri. Allerdings ist diese Einheit direkt dem HQ der Carabinieri unterstellt und muss bei Bedarf (auch für Auslandseinsätze) vorerst durch das höhere Kommando freigegeben werden. Auch das Fallschirmjägerregiment Tuscania der Carabinieri ist als weiterer Teil dieser neuen Brigade bezeichnet worden.



Vorbereitung italienischer Carabinieri für Auslandseinsätze.

In erster Dringlichkeit wird nun ein spezielles Trainingszentrum eingerichtet, wo die Angehörigen der Brigade gezielt für Auslandseinsätze ausgebildet und vorbereitet werden können. Zudem wird in diesem Zentrum auch die Planung und Evaluierung künftiger Waffen und Einsatzmittel für die Carabinieri vorgenommen. hg

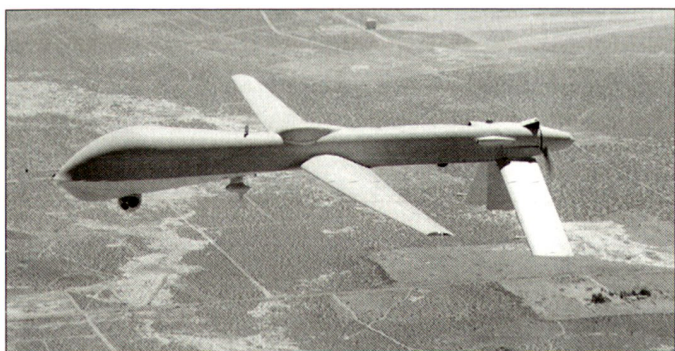
Militäroperation in Afghanistan als Testfeld für neue Systeme

Bei ihrem militärischen Einsatz in Afghanistan haben die US-Streitkräfte im Oktober 2001 zum ersten Mal eine unbemannte bewaffnete Drohne vom Typ RQ-1 «Predator» eingesetzt. Das UAV-System (Unmanned Air Vehicle) «Predator» ist ein langsam fliegender Flugkörper mit Propellerantrieb, der bereits seit Jahren für Aufklärungsmissionen verwendet wird. Zum Einsatz kam diese rund 8,5 m lange Drohne bisher vor allem auf dem Balkan, insbesondere vor und während der Luftoperation gegen Jugoslawien und beim Einsatz der KFOR in Kosovo. Die Einsatzstützpunkte für die Aufklärungs- und Überwachungsmissionen befanden sich dabei in Kroatien, Mazedonien und zeitweise auch in Südunarn.

In Afghanistan gelangte nun erstmals ein Flugkörper «Predator»

zum Einsatz, der mit Abschussvorrichtungen für Panzerabwehr- lenk Waffen vom Typ «Hellfire» bestückt worden ist. Gleichzeitig sind auch Hinweise vorhanden, dass erstmals strategische UAV-Systeme vom Typ RQ-4A «Global Hawk» (siehe auch ASMZ Nr.3/2001, Seite 40) im Ernsteinsatz stehen sollen. Auch hier ist später eine Bewaffnung für Kampfeinsätze vorgesehen.

Die vermehrte Nutzung von unbemannten Aufklärungs- und nun auch Kampfdrohnen beim Einsatz in Krisenregionen hat sich bereits seit einigen Jahren abgezeichnet. Dabei ist man versucht, Aufklärungs- und Überwachungstätigkeit mit gezielten Angriffen aus geringer Höhe gegen schwer zu bekämpfende Ziele der Taliban zu verknüpfen, ohne dass dabei das Leben von Piloten aufs Spiel gesetzt werden muss. Die Lenkung der Flugkörper kann dabei aus weit entfernten, geschützten Kontrollstellen erfolgen. hg



Unbemannte Aufklärungsdrohne RQ-1 «Predator» wird auch für Kampfeinsätze verwendet.

Serienproduktion der F-22 kann beginnen

Das Defense Acquisition Board des US-Verteidigungsministeriums hat im Herbst 2001 grünes Licht zum Bau des Luftüberlegenheitsjägers und Jagdbombers Lockheed F-22 «Raptor» gegeben. Dies, nachdem rund 20 Jahre an Entwicklungsarbeit in diese neue Kampfflugzeuggeneration investiert worden war.

Vorerst freigegeben im Rahmen einer «Low Rate Initial Production» ist die Herstellung von 295 Flugzeugen, nachdem noch kürzlich von 330 Flugzeugen ausgegangen worden war (siehe auch ASMZ Nr.6/2001, Seite 61). Die ursprünglich von der US Air Force geforderte Zahl von 750

neuen F-22 ist aus Kostengründen längst illusorisch geworden. Die Kosten für den «Raptor» bleiben aber weiterhin ein Kernproblem. Gemäss Vorgaben sollen im Verlaufe der nun beginnenden Serienproduktion die Kosten pro Kampfflugzeug bei etwas über 100 Mio. US-Dollar stabilisiert werden. Gemäss kürzlich erfolgten Berechnungen würden diese Kosten ohne entsprechende Einsparungen einiges darüber liegen.

Der F-22 «Raptor» ist als Ersatz für die alternden F-15 «Eagle» von Boeing (McDonnell Douglas) vorgesehen. Die Maschinen erreichen Überschallgeschwindigkeit ohne Nachbrenner und verfügen über ausgeprägte Stealth-Eigenschaften. hg



Kampfflugzeug F-22 «Raptor».

Der Mangel an Lufttransportkapazität verschärft sich

Beeinflusst durch die militärischen Operationen gegen den internationalen Terrorismus gelangte das US-Verteidigungsministerium zu der Schlussfolgerung, dass die gegenwärtig vorhandene Lufttransportkapazität zu gering sei, um eine Umsetzung der neuen Militärstrategie zu gewährleisten. Die derzeit verfügbaren Mittel müssten um mindestens 10% aufgestockt werden, um die als kritisch beurteilte Untergrenze zu erreichen. Die militärische Planung verlangt die immer raschere Verfügbarkeit von Kräften und Logistik in Krisengebieten. Die Anforderungen der Special Operations an den Lufttransport nehmen zudem ständig zu, und neue Aufgaben wie humanitäre Hilfsoperationen sowie die Unterstützung anderer nichtmilitärischer Missionen binden zusätzliche Kapazitäten.

In der neuen Mobility Requirements Study wird eine Leistung von 54,5 Mio. Tonnenmeilen pro Tag definiert. Um dieses Ziel auch

über längere Zeit zu erreichen, müssten anstelle der derzeit 120 geplanten Transportmaschinen C-17 «Globemaster» deren 180 beschafft werden. Selbst diese Anzahl würde nur dann ausreichen, wenn gleichzeitig die übrige Transportflugzeugflotte einer Modernisierung unterzogen würde. Es kann davon ausgegangen werden, dass abgeleitet von der neuen QDR (Quadrennial Defense Review) vom Oktober 2001 neue Zielgrößen und Planungszahlen für den Lufttransport definiert werden. Dies umso mehr, als alle Teilstreitkräfte mehr Transportkapazität aufweisen und mit den laufenden Operationen gegen den internationalen Terrorismus ein ständig hoher Bedarf vorhanden sein wird.

Seitens der militärischen Führung gibt es eine klare Präferenz für die nochmalige Erhöhung der Zielgrösse für die US-Lufttransportkapazität, weil man befürchtet, mit der Leistung von 54,5 Mio. Tonnenmeilen nur das absolute Minimum abzudecken. Zudem sind mit diesem Wert noch keine Reserven eingeplant. hg



Transportflugzeug C-17 «Globemaster» von Boeing.

Die Special Forces der US-Streitkräfte

Im Zusammenhang mit der Operation «Enduring Freedom» (Militäreinsatz gegen Afghanistan) haben Spezialtruppen eine besondere Bedeutung erlangt. Das US-Verteidigungsministerium hat zwar bisher zu diesen Truppen keine Angaben über zahlenmässige Stärke und Gliederung gemacht. Aus Militärkreisen ist jedoch be-

kannt geworden, dass zusammen in den drei Teilstreitkräften rund 45000 Mann dieser Elitetruppen vorhanden sind.

Die US Army verfügt mit insgesamt drei Spezialtruppen über die meisten solcher Sondertruppen:

- die Rangers
- die Green Berets und
- die Delta Force (Fort Bragg)

Die US Navy verfügt über die Seals (Sea, Air and Land), die wie



US-Spezialtruppen sind mit modernsten Mitteln ausgerüstet.

es der Name sagt, zur See, in der Luft und an Land eingesetzt werden können. Ihr HQ befindet sich in Coronado (Kalifornien).

In der US Air Force existieren geheime Sondereinheiten, die vor

War College für Spezialoperationen

Bereits vor Jahren wurde von Seiten der US Joint Chiefs of Staff gefordert, dass das Kommando für Spezialoperationen (USSOCOM) die Koordinierung der Ausbildung und Einsatzplanung für alle Special Forces der US-Teilstreitkräfte übernehmen soll. Mit der Eröffnung der Joint Special Operations University (JSOU) in Hurlburt Field im Jahre 2000 wurde diesem Anliegen Rechnung getragen.

Die JSOU vermittelt Kenntnisse auf dem Gebiet der Spezialoperationen, sowohl für Militärs als auch für Zivilpersonen. Als

allem Unterstützungsaufgaben zu Gunsten der Luftangriffe wahrnehmen. Nach Infiltrierung ins Feindgebiet haben diese Elitetruppen vor allem Aufklärungs- und Zielzuweisungsaufgaben. Ausserdem kommen sie abgeschossenen Piloten zu Hilfe und bereiten deren Bergung vor.

Wie weit Amerikas Spezialtruppen einen Erfolg beim Einsatz gegen den internationalen Terrorismus herbeiführen können, kann heute noch nicht beurteilt werden. Über die diesbezüglichen Operationen innerhalb Afghanistans oder allenfalls auch in anderen Regionen der Welt dürften auch nur vereinzelt Informationen durchsickern. Die bisherigen Äusserungen der Militärführung der USA zeigen aber deutlich auf, dass bei den bevorstehenden langwierigen Aktionen gegen die mutmasslichen Drahtzieher der Anschläge in den USA in zunehmendem Masse auch Spezialtruppen eingesetzt werden sollen. hg

Teilnehmer sind dabei sowohl militärische Kommandanten, Spezialisten der Nachrichtendienste bis hin zu nationalen und internationalen Entscheidungsträgern aus dem Sicherheitsbereich vorgesehen. Bei der Planung der neuen Lehrgänge an dieser Universität musste berücksichtigt werden, dass Teilbereiche der Spezialoperationen bereits durch die US Air Force Special Operations School und durch die Special Warfare Center der US Army und der US Navy abgedeckt werden.

Die derzeit durch die JSOU im Bereich der verbundenen Spezialoperationen angebotenen 13 Kurse werden in den nächsten Jahren



Mit dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus hat die Bedeutung von Spezialoperationen stark zugenommen. (Bild: Mehrzweckhelikopter MH-60 «Black Hawk» beim Absetzen von Spezialtruppen).

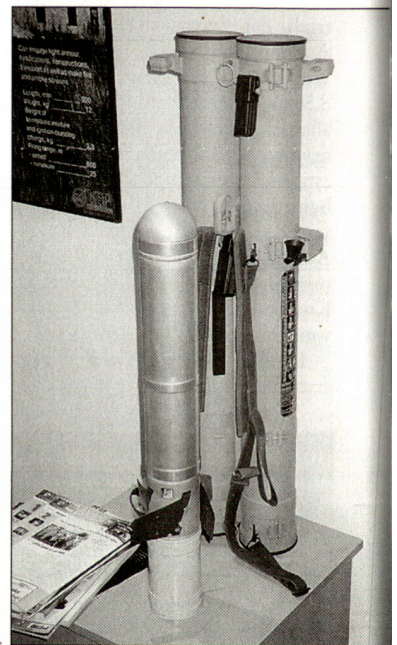
auf 26 erhöht. Die zurzeit angebotenen Lehrgänge dauern in der Regel wenige Wochen und sind Grund- sowie Planungskurse auf dem Gebiet der Spezialoperationen. In Vorbereitung befinden sich Kurse für die zivil-militärische Zusammenarbeit, für Informationsoperationen und allgemein für die Planung und Vorbereitung von verbundenen Operationen.

RUSSLAND

Verkauf von Waffen mit spezieller Hitze-/Druckwirkung (Gefahr der Weitergabe solcher Waffen an Terroristen)

Die früheren sowjetischen Streitkräfte hatten bereits in den 80er-Jahren – bei ihrem Kampf in Afghanistan – Infanteriewaffen mit Brandwirkung eingesetzt. Vor allem die als RPO (Rückstossfreier Flammenwerfer) bezeichnete Waffe gelangte zum Einsatz. Der Gefechtskopf wird bei dieser Waffe bereits nach dem Abschuss gezündet und erzeugt im Ziel eine Brandwirkung, von der vor allem Personen betroffen sind. Ab Ende der 80er-Jahre wurde eine verbesserte Version erkannt, die unterdessen auch auf dem internationalen Waffenmarkt angeboten wird. Beim so genannten RPO-A ist ein völlig neuer Gefechtskopf integriert. Die Wirkung dieser Munition ist im Wesentlichen eine Kombination aus Hitze/Brand, verbunden mit einer Druckwelle, die auch Häuser völlig zerstören kann. Gemäss russischen Firmenangaben ist diese Waffe gegen Soldaten in Stellungen, Bunkern oder Gebäuden gedacht. Daneben ist aber auch ein Einsatz gegen Fahrzeuge oder gegen Menschenansammlungen möglich. Wie Vorführungen zeigen, hat die bei der Explosion erzeugte Druck- und Hitzewelle eine enorme Wirkung. Die Druckwirkung der Detonation in Verbindung mit dem danach entstehenden Sog bringt leicht gebaute Gebäude unmittelbar zum Einsturz. Zudem sind bezüglich der Auswirkungen solcher Explosionen auf den menschlichen Körper noch viele Fragen offen. Die im internationalen Sprachgebrauch auch als thermobarische oder volumetrische Waffen resp. die diesbezüglichen Gefechtskopftypen haben unterdessen internationales Aufsehen erregt. Denn unterdessen bieten russische Firmen auch weitere Raketenrohre und Panzerfäuste mit thermobari-

Die JSOU soll ein Zentrum für die akademische Forschung und Ausbildung von verbundenen Spezialoperationen werden. Mit den Ereignissen vom 11. September 2001 und dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus hat die Bedeutung dieser Einrichtung unmittelbar an Bedeutung zugenommen. hg



Mehrzweckwaffe RPO-A, ausgestellt an einer internationalen Waffenausstellung; vorne die thermobarische Munition, hinten die Abschussrohre.

scher Munition an. Darunter befinden sich die leichten Mehrzweck-Raketenrohre RPG-26 und RPG-27, die mit solcher Munition ausgerüstet werden können. Die maximale Einsatzdistanz für diese Gefechtsköpfe soll bei 300 bis 350 m liegen. Daneben wird auch für die weltweit verbreitete Panzerfaust RPG-7 ein thermobarischer Gefechtskopf angeboten. Seit einiger Zeit sind Hinweise vorhanden, dass die erwähnte neue Munition auch in den Besitz tschetschenischer Rebellen gelangt ist. Zudem besteht berechnete Angst, dass thermobarische Waffen auch in den Besitz weiterer Rebellengruppen oder Terroristen gelangen könnten. Dies umso mehr, als diesbezügliche Beschaffungen und Verschiebungen in Krisenregionen relativ leicht zu organisieren sind. hg ■